

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, 9. Februar 1895.

Berantwort: Mediator: N. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graumann in Stettin, Schlesisches 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: wie Zeitzeile oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Almanac 30 Pf.

E. L. Berlin, 8. Februar.

Deutscher Reichstag.

32. Plenar-Sitzung vom 8. Februar,

1 Uhr.

Das Haus führt in der Besprechung der

Interpellation Diskussion fort.

Abg. Heyl von Herrnshain (nati.):

Meine Freunde stehen auf dem Boden, den schon früher Herr v. Bismarck dargelegt hat: gemeinsame Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitern. Ich habe daher zu erklären, daß ein großer Teil meiner Freunde im Widerspruch steht zu der programmatischen Erklärung des Herrn Handelsministers von gestern. Dieser wird daher, wie ich vermuthe, mit seiner Erklärung auf den Widerstand der drei großen Parteien stoßen: Konservative, Reichspartei, Nationalliberale. Wir wollen keinen Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung. Aber wir sind überzeugt, daß die Verunsicherungen, wie wir sie wollen, einer weiteren Ausbildung von Kassen, gegen die Arbeitslosigkeit, fähig sind. Auch meinen wir, daß das Berichtigungswesen noch nicht abgeschlossen ist. So kann es ausgedehnt werden auf Witten und Wassen, wie dies schon bei den Knappkäffchenster der Fall ist. Die Trade-Unions dürfen wir nicht einführen. Dagegen hat sich auch die Schule geweckt, wo man es verstanden hat, die Tyrannie der Sozialdemokratie von sich abzuwenden. Mit den Arbeiterkammern würde man nicht nur eine moralische, sondern auch eine finanzielle Stärkung der Sozialdemokratie erzielen. Auch die Arbeiterausschüsse haben den Arbeitern nichts genutzt. Die Arbeiter sind übrigens auf dem besten Wege, in den Mittelstand einzuziehen. Es gibt Arbeiter mit 4000 Mark Einkommen. Und diese begründen auch durchaus die Umsatzvorlage, indem sie hoffen, diese werde verbüllt, das das sozialdemokratische Gist ihre Kinder durchdringt. Pflicht der Regierung ist es aber auch, mit einer echt nationalen Sozialpolitik eine echte nationale Handelspolitik zu verbinden. (Lebhafte Bravos rechts.)

Abg. Hüppé (cons.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Botschaft von 1881.

Wir wollen einen Fortgang der Sozialreform, aber nicht im gegenwärtigen Augenblick, der dazu nicht geeignet ist. Herr von Stumm hat schon im Dezember die Herren Weber, Raumann und die evangelischen Arbeitervereine bekämpft. Gestern nun hat sich das Donnerwetter entladen (Heiterkeit) gegen die evangelischen Arbeitervereine. Aber es waren kalte Schläge. Die evangelischen Arbeitervereine werden niemals mit steigenden Zahlen in's sozialdemokratische Lager abschwören. Davor befürchtet sie ihre christliche, ihre monarchische Gesinnung. Sie sind monarchisch bis auf die Knochen. Ich muß Herrn von Stumm zurufen: "Verbirb es nicht, es ist ein Segen drin!" Auch ich bin in Acht und kann erkläre worden v. u. Herrn von Stumm, aber ich fürchte mich nicht. Wenn die Sozialdemokraten einmal vom Leben ziehen wollen, dann lassen sie ihre materialistische Aufschauungsweise seit Seite, — das ist eine Pausenfeier! (Heiterkeit). — dann herzen sie sich vielmehr auf das Christentum und sagen: das ist nicht moralisch, das ist nicht christlich!

Herr Raumann ist ein Idealist, aber ich mit den Sozialdemokraten in einem Topf zu werfen, das geht zu weit. Was den Gegenstand der Interpellation anlangt, so meine ich, man soll den Hammer nicht schmieden, um dann den Stiel der Sozialdemokratie in die Hand zu geben. Die Staatsverwaltungen ihm sehr recht daran, daß sie sich bei jeder Wahlzeit fragen: wie wird das wirken auf die Sozialdemokratie? Man darf sich um diese Herren (nach links) nicht zu kümmern! Recht machen können wir ihnen doch nicht. Was Herr Rööske über den Kampf zwischen politischer und gewerkschaftlicher Ausschauung und Bewegung gesagt hat, kann ich unterschreiben. Die Sozialdemokratie hat die gewerkschaftliche Bewegung, und deswegen müssen wir diese unterstützen. Das Bedürfnis zu einer Organisation ist vorhanden. Wird es nicht bestrebt auf gesetzlicher Weise, dann geschieht das durch die Sozialdemokratie auf freiem Wege. Hütten wir uns, dem Glauben Vorwurf zu leisten, als ob heute ein unfehlbarer Wind gegen die Arbeiter weht. Der Schein darf nicht entstehen, daß die Gerechtigkeit auf Seiten der Gegner sei. Halten wir unser Schild blank!

Abg. Legien (Sd.): Ein größerer Widerspruch ist doch gar nicht denkbar, als der zwischen der Einleitung der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt und der jetzigen Erklärung des Handelsministers, daß ein Weitergehen jetzt nicht richtig sei, eine sich nicht die Arbeiten von den sozialdemokratischen Vereinigungen frei gemacht hätten. Gerade letzteres hat man doch durch die sozialpolitische Gesetzgebung erreichen wollen! Herr Möller freilich will nicht einmal Arbeitsnachfrage. Es ist das recht bezeichnend für die christliche Liebe dieser Herren. Herr v. Stumm erkennt keinen Unterschied an zwischen Arbeiter und Fabrikbesitzer. Wir auch nicht, — aber nur kein menschlich! Sonst existiert ein solcher Unterschied allerdings. Herr v. Stumm läßt seine Arbeiter nicht beruhigen und nicht jede beliebige Zeitung lesen. Und die Arbeiter können gegen diese Anordnungen nichts machen. Ist das nicht ein Unterschied! Will etwa Herr v. Stumm zulassen, daß seine Arbeiter auch kontrollieren, welche Zeitung er selbst, Herr v. Stumm, liest? Will er das? Erst dann werden wir ihm glauben, daß zwischen ihm und seinen Arbeitern kein Unterschied sei. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung hat nichts geleistet. Geben Sie uns die Koalitionsfreiheit, so wollen wir auf Ihre ganze Sozialreform verzichten. Denn mit der Koalitionsfreiheit können wir uns selbst genügend gegen Ausbeutung schützen. Herr Möller mag ich auf die ausgeschriebenen Leistungen der Gewerkschaften aumerksam machen: Für Unterhöhungen, für Rechtschafft. (Ebenso Herrn rechts.)

Abg. v. Eichmann (nati.): Ich bin der Meinung, daß eine Tarifabschaltung so möglich ist, daß Mehrerlöse erzielt werden. Auch andere Einrichtungen bringen Einnahmen: die Herabsetzung des Preises für Platzkarten hat eine Mehr-Einnahme von über 1 Million gebracht. Wir durch die Tarifabschaltung nicht von der Finanzlage abhängig machen, wenn wir nicht hinter anderen Staaten zurückbleiben wollen. Der Ausspruch des Kaisers: Wir stehen in dem Zeichen des Verkehrs, hat in den letzten Jahren nicht die nötige Beachtung gefunden.

Minister Miquel: Die vom Vorredner angeführten Einnahme-Erhöhungen sind nicht durch innere Angelegenheiten werden wir schon selber

unserer Partei nicht, höchstens einen Gegensatz in Bezug auf die Taktik. So lange Sie die Anforderungen der Arbeiter nicht befriedigen, können Sie machen, was Sie wollen, — wir werden weiter wachsen. (Beifall links.)

Ein Antrag auf Debattheschluß wird jetzt an-

genommen.

Peripherisch bemerkte

Abg. v. Karadorff (Reichsp.): Herr Hüppé, der ja allerdings nur für seine Person gesprochen hat, hat auch auf mich einen Angriff gerichtet. Ich habe nichts gegen die evangelischen Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitern. Ich habe daher zu erklären, daß ein großer Teil meiner Freunde im Widerspruch steht zu der programmatischen Erklärung des Herrn Handelsministers von gestern. Dieser wird daher, wie ich vermute, mit seiner Erklärung auf den Widerstand der drei großen Parteien stoßen: Konservative, Reichspartei, Nationalliberale. Wir wollen keinen Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung. Aber wir sind überzeugt, daß die Verunsicherungen, wie wir sie wollen, einer weiteren Ausbildung von Kassen, gegen die Arbeitslosigkeit, fähig sind. Auch meinen wir, daß das Berichtigungswesen noch nicht abgeschlossen ist. So kann es ausgedehnt werden auf Witten und Wassen, wie dies schon bei den Knappkäffchenster der Fall ist. Die Trade-Unions dürfen wir nicht einführen. Dagegen hat sich auch die Schule geweckt, wo man es verstanden hat, die Tyrannie der Sozialdemokratie von sich abzuwenden. Mit den Arbeiterkammern würde man nicht nur eine moralische, sondern auch eine finanzielle Stärkung der Sozialdemokratie erzielen. Auch die Arbeiterausschüsse haben den Arbeitern nichts genutzt. Die Arbeiter sind übrigens auf dem besten Wege, in den Mittelstand einzuziehen. Es gibt Arbeiter mit 4000 Mark Einkommen. Und diese begründen auch durchaus die Umsatzvorlage, indem sie hoffen, diese werde verbüllt, das das sozialdemokratische Gist ihre Kinder durchdringt. Pflicht der Regierung ist es aber auch, mit einer echt nationalen Sozialpolitik eine echte nationale Handelspolitik zu verbinden. (Lebhafte Bravos rechts.)

Abg. Hüppé (cons.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Botschaft von 1881.

Wir wollen einen Fortgang der Sozialreform, aber nicht im gegenwärtigen Augenblick, der dazu nicht geeignet ist. Herr von Stumm hat schon im Dezember die Herren Weber, Raumann und die evangelischen Arbeitervereine bekämpft. Gestern nun hat sich das Donnerwetter entladen (Heiterkeit) gegen die evangelischen Arbeitervereine. Aber es waren kalte Schläge. Die evangelischen Arbeitervereine werden niemals mit steigenden Zahlen in's sozialdemokratische Lager abschwören. Davor befürchtet sie ihre christliche, ihre monarchische Gesinnung. Sie sind monarchisch bis auf die Knochen. Ich muß Herrn von Stumm zurufen: "Verbirb es nicht, es ist ein Segen drin!" Auch ich bin in Acht und kann erkläre worden v. u. Herrn von Stumm, aber ich fürchte mich nicht. Wenn die Sozialdemokraten einmal vom Leben ziehen wollen, dann lassen sie ihre materialistische Aufschauungsweise seit Seite, — das ist eine Pausenfeier! (Heiterkeit). — dann herzen sie sich vielmehr auf das Christentum und sagen: das ist nicht moralisch, das ist nicht christlich!

Herr Raumann ist ein Idealist, aber ich mit den Sozialdemokraten in einem Topf zu werfen, das geht zu weit. Was den Gegenstand der Interpellation anlangt, so meine ich, man soll den Hammer nicht schmieden, um dann den Stiel der Sozialdemokratie in die Hand zu geben. Die Staatsverwaltungen ihm sehr recht daran, daß sie sich bei jeder Wahlzeit fragen: wie wird das wirken auf die Sozialdemokratie? Man darf sich um diese Herren (nach links) nicht zu kümmern! Recht machen können wir ihnen doch nicht. Was Herr Rööske über den Kampf zwischen politischer und gewerkschaftlicher Ausschauung und Bewegung gesagt hat, kann ich unterschreiben. Die Sozialdemokratie hat die gewerkschaftliche Bewegung, und deswegen müssen wir diese unterstützen. Das Bedürfnis zu einer Organisation ist vorhanden. Wird es nicht bestrebt auf gesetzlicher Weise, dann geschieht das durch die Sozialdemokratie auf freiem Wege. Hütten wir uns, dem Glauben Vorwurf zu leisten, als ob heute ein unfehlbarer Wind gegen die Arbeiter weht. Der Schein darf nicht entstehen, daß die Gerechtigkeit auf Seiten der Gegner sei. Halten wir unser Schild blank!

Abg. Legien (Sd.): Ein größerer Widerspruch ist doch gar nicht denkbar, als der zwischen der Einleitung der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt und der jetzigen Erklärung des Handelsministers, daß ein Weitergehen jetzt nicht richtig sei, eine sich nicht die Arbeiten von den sozialdemokratischen Vereinigungen frei gemacht hätten. Gerade letzteres hat man doch durch die sozialpolitische Gesetzgebung erreichen wollen! Herr Möller freilich will nicht einmal Arbeitsnachfrage. Es ist das recht bezeichnend für die christliche Liebe dieser Herren. Herr v. Stumm erkennt keinen Unterschied an zwischen Arbeiter und Fabrikbesitzer. Wir auch nicht, — aber nur kein menschlich! Sonst existiert ein solcher Unterschied allerdings. Herr v. Stumm läßt seine Arbeiter nicht beruhigen und nicht jede beliebige Zeitung lesen. Und die Arbeiter können gegen diese Anordnungen nichts machen. Ist das nicht ein Unterschied! Will etwa Herr v. Stumm zulassen, daß seine Arbeiter auch kontrollieren, welche Zeitung er selbst, Herr v. Stumm, liest? Will er das? Erst dann werden wir ihm glauben, daß zwischen ihm und seinen Arbeitern kein Unterschied sei. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung hat nichts geleistet. Geben Sie uns die Koalitionsfreiheit, so wollen wir auf Ihre ganze Sozialreform verzichten. Denn mit der Koalitionsfreiheit können wir uns selbst genügend gegen Ausbeutung schützen. Herr Möller mag ich auf die ausgeschriebenen Leistungen der Gewerkschaften aumerksam machen: Für Unterhöhungen, für Rechtschafft. (Ebenso Herrn rechts.)

Abg. v. Eichmann (nati.): Ich bin der Meinung, daß eine Tarifabschaltung so möglich ist, daß Mehrerlöse erzielt werden. Auch andere Einrichtungen bringen Einnahmen: die Herabsetzung des Preises für Platzkarten hat eine Mehr-Einnahme von über 1 Million gebracht. Wir durch die Tarifabschaltung nicht von der Finanzlage abhängig machen, wenn wir nicht hinter anderen Staaten zurückbleiben wollen. Der Ausspruch des Kaisers: Wir stehen in dem Zeichen des Verkehrs, hat in den letzten Jahren nicht die nötige Beachtung gefunden.

Minister Miquel: Die vom Vorredner angeführten Einnahme-Erhöhungen sind nicht durch innere Angelegenheiten werden wir schon selber

ausgedehnt werden auf Witten und Wassen, wie dies schon bei den Knappkäffchenster der Fall ist. Die Trade-Unions dürfen wir nicht einführen. Dagegen hat sich auch die Schule geweckt, wo man es verstanden hat, die Tyrannie der Sozialdemokratie von sich abzuwenden. Mit den Arbeiterkammern würde man nicht nur eine moralische, sondern auch eine finanzielle Stärkung der Sozialdemokratie erzielen. Auch die Arbeiterausschüsse haben den Arbeitern nichts genutzt. Die Arbeiter sind übrigens auf dem besten Wege, in den Mittelstand einzuziehen. Es gibt Arbeiter mit 4000 Mark Einkommen. Und diese begründen auch durchaus die Umsatzvorlage, indem sie hoffen, diese werde verbüllt, das das sozialdemokratische Gist ihre Kinder durchdringt. Pflicht der Regierung ist es aber auch, mit einer echt nationalen Sozialpolitik eine echte nationale Handelspolitik zu verbinden. (Lebhafte Bravos rechts.)

Abg. Hüppé (cons.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Botschaft von 1881.

Wir wollen einen Fortgang der Sozialreform, aber nicht im gegenwärtigen Augenblick, der dazu nicht geeignet ist. Herr von Stumm hat schon im Dezember die Herren Weber, Raumann und die evangelischen Arbeitervereine bekämpft. Gestern nun hat sich das Donnerwetter entladen (Heiterkeit) gegen die evangelischen Arbeitervereine. Aber es waren kalte Schläge. Die evangelischen Arbeitervereine werden niemals mit steigenden Zahlen in's sozialdemokratische Lager abschwören. Davor befürchtet sie ihre christliche, ihre monarchische Gesinnung. Sie sind monarchisch bis auf die Knochen. Ich muß Herrn von Stumm zurufen: "Verbirb es nicht, es ist ein Segen drin!" Auch ich bin in Acht und kann erkläre worden v. u. Herrn von Stumm, aber ich fürchte mich nicht. Wenn die Sozialdemokraten einmal vom Leben ziehen wollen, dann lassen sie ihre materialistische Aufschauungsweise seit Seite, — das ist eine Pausenfeier! (Heiterkeit). — dann herzen sie sich vielmehr auf das Christentum und sagen: das ist nicht moralisch, das ist nicht christlich!

Herr Raumann ist ein Idealist, aber ich mit den Sozialdemokraten in einem Topf zu werfen, das geht zu weit. Was den Gegenstand der Interpellation anlangt, so meine ich, man soll den Hammer nicht schmieden, um dann den Stiel der Sozialdemokratie in die Hand zu geben. Die Staatsverwaltungen ihm sehr recht daran, daß sie sich bei jeder Wahlzeit fragen: wie wird das wirken auf die Sozialdemokratie? Man darf sich um diese Herren (nach links) nicht zu kümmern! Recht machen können wir ihnen doch nicht. Was Herr Rööske über den Kampf zwischen politischer und gewerkschaftlicher Ausschauung und Bewegung gesagt hat, kann ich unterschreiben. Die Sozialdemokratie hat die gewerkschaftliche Bewegung, und deswegen müssen wir diese unterstützen. Das Bedürfnis zu einer Organisation ist vorhanden. Wird es nicht bestrebt auf gesetzlicher Weise, dann geschieht das durch die Sozialdemokratie auf freiem Wege. Hütten wir uns, dem Glauben Vorwurf zu leisten, als ob heute ein unfehlbarer Wind gegen die Arbeiter weht. Der Schein darf nicht entstehen, daß die Gerechtigkeit auf Seiten der Gegner sei. Halten wir unser Schild blank!

Abg. Legien (Sd.): Ein größerer Widerspruch ist doch gar nicht denkbar, als der zwischen der Einleitung der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt und der jetzigen Erklärung des Handelsministers, daß ein Weitergehen jetzt nicht richtig sei, eine sich nicht die Arbeiten von den sozialdemokratischen Vereinigungen frei gemacht hätten. Gerade letzteres hat man doch durch die sozialpolitische Gesetzgebung erreichen wollen! Herr Möller freilich will nicht einmal Arbeitsnachfrage. Es ist das recht bezeichnend für die christliche Liebe dieser Herren. Herr v. Stumm erkennt keinen Unterschied an zwischen Arbeiter und Fabrikbesitzer. Wir auch nicht, — aber nur kein menschlich! Sonst existiert ein solcher Unterschied allerdings. Herr v. Stumm läßt seine Arbeiter nicht beruhigen und nicht jede beliebige Zeitung lesen. Und die Arbeiter können gegen diese Anordnungen nichts machen. Ist das nicht ein Unterschied! Will etwa Herr v. Stumm zulassen, daß seine Arbeiter auch kontrollieren, welche Zeitung er selbst, Herr v. Stumm, liest? Will er das? Erst dann werden wir ihm glauben, daß zwischen ihm und seinen Arbeitern kein Unterschied sei. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung hat nichts geleistet. Geben Sie uns die Koalitionsfreiheit, so wollen wir auf Ihre ganze Sozialreform verzichten. Denn mit der Koalitionsfreiheit können wir uns selbst genügend gegen Ausbeutung schützen. Herr Möller mag ich auf die ausgeschriebenen Leistungen der Gewerkschaften aumerksam machen: Für Unterhöhungen, für Rechtschafft. (Ebenso Herrn rechts.)

Abg. v. Eichmann (nati.): Ich bin der Meinung, daß eine Tarifabschaltung so möglich ist, daß Mehrerlöse erzielt werden. Auch andere Einrichtungen bringen Einnahmen: die Herabsetzung des Preises für Platzkarten hat eine Mehr-Einnahme von über 1 Million gebracht. Wir durch die Tarifabschaltung nicht von der Finanzlage abhängig machen, wenn wir nicht hinter anderen Staaten zurückbleiben wollen. Der Ausspruch des Kaisers: Wir stehen in dem Zeichen des Verkehrs, hat in den letzten Jahren nicht die nötige Beachtung gefunden.

Minister Miquel: Die vom Vorredner angeführten Einnahme-Erhöhungen sind nicht durch innere Angelegenheiten werden wir schon selber

ausgedehnt werden auf Witten und Wassen, wie dies schon bei den Knappkäffchenster der Fall ist. Die Trade-Unions dürfen wir nicht einführen. Dagegen hat sich auch die Schule geweckt, wo man es verstanden hat, die Tyrannie der Sozialdemokratie von sich abzuwenden. Mit den Arbeiterkammern würde man nicht nur eine moralische, sondern auch eine finanzielle Stärkung der Sozialdemokratie erzielen. Auch die Arbeiterausschüsse haben den Arbeitern nichts genutzt. Die Arbeiter sind übrigens auf dem besten Wege, in den Mittelstand einzuziehen. Es gibt Arbeiter mit 4000 Mark Einkommen. Und diese begründen auch durchaus die Umsatzvorlage, indem sie hoffen, diese werde verbüllt, das das sozialdemokratische Gist ihre Kinder durchdringt. Pflicht der Regierung ist es aber auch, mit einer echt nationalen Sozialpolitik eine echte nationale Handelspolitik zu verbinden. (Lebhafte Bravos rechts.)

Abg. Hüppé (cons.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Botschaft von 1881.

Wir wollen einen Fortgang der Sozialreform, aber nicht im gegenwärtigen Augenblick, der dazu nicht geeignet ist. Herr von Stumm hat schon im Dezember die Herren Weber, Raumann und die evangelischen Arbeitervereine bekämpft. Gestern nun hat sich das Donnerwetter entladen (Heiterkeit) gegen die evangelischen Arbeitervereine. Aber es waren kalte Schläge. Die evangelischen Arbeitervereine werden niemals mit steigenden Zahlen in's sozialdemokratische Lager abschwören. Davor befürchtet sie ihre christliche, ihre monarchische Gesinnung. Sie sind monarchisch bis auf die Knochen. Ich muß Herrn von Stumm zurufen: "Verbirb es nicht, es ist ein Segen drin!" Auch ich bin in Acht und kann erkläre worden v. u. Herrn von Stumm, aber ich fürchte mich nicht. Wenn die Sozialdemokraten einmal vom Leben ziehen wollen, dann lassen sie ihre materialistische Aufschauungsweise seit Seite, — das ist eine Pausenfeier! (Heiterkeit). — dann herzen sie sich vielmehr auf das Christentum und sagen: das ist nicht moralisch, das ist nicht christlich!

Herr Raumann ist ein Idealist, aber ich mit den Sozialdemokraten in einem Topf zu werfen, das geht zu weit. Was den Gegenstand der Interpellation anlangt, so meine ich, man soll den Hammer nicht schmieden, um dann den Stiel der Sozialdemokratie in die Hand zu geben. Die Staatsverwaltungen ihm sehr recht daran, daß sie sich bei jeder Wahlzeit fragen: wie wird das wirken auf die Sozialdemokratie? Man darf sich um diese Herren (nach links) nicht zu kümmern! Recht machen können wir ihnen doch nicht. Was Herr Rööske über den Kampf zwischen politischer und gewerkschaftlicher Ausschauung und Bewegung gesagt hat, kann ich unterschreiben. Die Sozialdemokratie hat die gewerkschaftliche Bewegung, und deswegen müssen wir diese unterstützen. Das Bedürfnis zu einer Organisation ist vorhanden. Wird es nicht bestrebt auf gesetzlicher Weise, dann geschieht das durch die Sozialdemokratie auf freiem Wege. Hütten wir uns, dem Glauben Vorwurf zu leisten, als ob heute ein unfehlbarer Wind gegen die Arbeiter weht. Der Schein darf nicht entstehen, daß die Gerechtigkeit auf Seiten der Gegner sei. Halten wir unser Schild blank!

Abg. Legien (Sd.): Ein größerer Widerspruch ist doch gar nicht denkbar, als der zwischen der Einleitung der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt und der jetzigen Erklärung des Handelsministers, daß ein Weitergehen jetzt nicht richtig sei, eine sich nicht die Arbeiten von den sozialdemokratischen Vereinigungen frei gemacht hätten. Gerade letzteres hat man doch durch die sozialpolitische Gesetzgebung erreichen wollen! Herr Möller freilich will nicht einmal Arbeitsnachfrage. Es ist das recht bezeichnend für die christliche Liebe dieser Herren. Herr v. Stumm erkennt keinen Unterschied an zwischen Arbeiter und Fabrikbesitzer. Wir auch nicht, — aber nur kein menschlich! Sonst existiert ein solcher Unterschied allerdings. Herr v. Stumm läßt seine Arbeiter nicht beruhigen und nicht jede beliebige Zeitung lesen. Und die Arbeiter können gegen diese Anordnungen nichts machen. Ist das nicht ein Unterschied! Will etwa Herr v. Stumm zulassen, daß seine Arbeiter auch kontrollieren, welche Zeitung er selbst, Herr v. Stumm, liest? Will er das? Erst dann werden wir ihm glauben, daß zwischen ihm und seinen Arbeitern kein Unterschied sei. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung hat nichts geleistet. Geben Sie uns die Koalitionsfreiheit, so wollen wir auf Ihre ganze Sozialreform verzichten. Denn mit der Koalitionsfreiheit können wir uns selbst genügend gegen Ausbeutung schützen. Herr Möller mag ich auf die ausgeschriebenen Leistungen der Gewerkschaften aumerksam machen: Für Unterhöhungen, für Rechtschafft. (Ebenso Herrn rechts.)

Abg. v. Eichmann (nati.): Ich bin der Mein

rechlich die beschlagnahmten und verriegelten Schriftille der "Vanca Romana" durchzusehen und zum Theil beiseite geschafft zu haben. Es gilt als gewiss, daß die Voruntersuchung die Mitschuld des damaligen Ministerpräsidenten Goliotti, in dessen Auftrage die Polizeikommisare handelten, wahrscheinlich gemacht habe. Wenn trotzdem nicht gleichzeitig gegen ihn vorgezogen wird, so ist dies nur auf seine Abgeordneten-Unterleglichkeit und die inzwischen eingetretene Kammervertagung zurückzuführen. Als er seine Reise nach Berlin antrat, wußte er bereits, daß der Generalstaatsanwalt die Ermächtigung zu seiner Verfolgung von der Kammer verlangen werde. Der Antrag soll dem Innminister am 14. Dezember übermittelt, aber bis nach der Schließung der Tagung unbeantwortet gelassen werden. Seit in die Einholung der parlamentarischen Ermächtigung ausgeschlossen, bis die neue Kammer zusammengesetzt. Erfolgt die Ablösung, so kann Goliotti ohne weiteres vor Gericht gestellt werden. Man bezweifelt, warum legitim gemeldet wurde, er habe beschlossen, bis nach den Wahltagen im Auslande zu verweilen. Einen ebenso übeln Eindruck wie sein seines oder schuldes wütiges Fernbleiben macht aber die Einsetzung des Prozesses gegen dieselben, die nur seine Befehle ausführten; man hätte erwarten sollen, daß der Prozeß hinausgeschoben würde, bis alle Beschuldigten nebeneinander vor die Schranke gefordert werden können. Natürlich heißt es jetzt wieder, Regierung und Gerichte haben Urfache, nur die kleinen Dinge zu versöhnern, die großen aber laufen zu lassen. Die Zurückziehung mehrerer der Episkopalen Klagen wegen des Politischen Altenbündns unterstützt dieses Gerede. Offenbar hat man hier noch immer nicht begriffen, daß endlich einmal gleiches Maß und Gewicht für alle angeendet werden müsse.

Spanien und Portugal.

Madrid, 8. Februar. Der Finanzminister erklärte, er sei gegenwärtig mit der Erwähnung einer Operation bezüglich der schwedenden Schulden beschäftigt, doch seien die Einzelheiten noch nicht festgestellt.

Der marokkanische Spezialgesandte hatte eine Unterredung mit Martinez Campos und Moret.

Großbritannien und Irland.

London, 8. Februar. Den "Times" wird aus Philadelphia gemeldet, der Präsident der Kammer habe erklärt, der von Gladys eingebrachte Befreiungsturm betreffend die freie Überprüfung sei unzulässig. Das Repräsentantenhaus bestätigte diese Entscheidung. Vor der Ablehnung des Springerischen Bill wurde ein von Reed eingebrachter Gefechtsentwurf abgelehnt auf Emission von Obligationen mit langer Fälligkeit und niedrigem Zinsfuß, welche in Metallgold rückzahlbar sein sollen. Die Republikaner hatten zu Gunsten dieses Gesetzeswurzes gestimmt.

Rußland.

Ein Nachfolger für Herrn von Giers ist immer noch nicht ernannt. Das ist doch ein Zeichen, daß hier größere Schwierigkeiten zu überwinden sind, als es formerly scheinen möchte. Von seinem Petersburger Korrespondenten erhält das "Berl. Tagebl." darüber folgendes Privat-Telegramm:

"Bon zuverlässiger Stelle erfahre ich, daß zwischen Petersburg und Berlin Börsenparade wegen einer eventuellen anderweitigen Besetzung der dortigen Botschaftsstelle stattfinden. Der Zar hält mit Vorliebe an Fürst Lobanow-Rostowski als Nachfolger von Giers fest, möglicherweise aber wiederum nicht ohne Einverständnis mit dem deutschen Kaiser. Eine Entscheidung treffen, auf dessen besondere Bitte der Fürst zum Nachfolger Schwabows ernannt wurde, nachdem vorher mehrere andere präzisen Kandidaten (General Oberstchen, Murawjew usw.) weniger wohlgefällig aufgenommen worden waren.

Der Versetzung Lobanows von Wien nach Berlin ging auch eine Verstärkung zwischen Petersburg und Wien und Berlin und Wien voran. Man hofft hier jedoch, Kaiser Wilhelm werde die bevorstehenden Verhältnisse berücksichtigen und die Ernennung Lobanows zum Minister des Auswärtigen herzlich billigen und sich eine andere ihm genehmige Persönlichkeit als Erzäss für Graf Schwabow anschauen.

Fürst Lobanow als Kanzler kann nur allseitig mit Freuden begrüßt werden, er ist doch ein Mann des Friedens und ein aufrichtiger Vertreter unserer Beziehungen zwischen den drei Kaiserreichen. Das aber eben ist es auch, was ihm viele Freunde macht.

Als eventuelle Aspiranten für den Berliner Posten werden heute Fürst Dolgoruki und Graf Murawjew in erster Linie genannt. Man spricht auch davon, Stahl werde Lobanow in Wien ablösen und selbst durch Reitbois erhebt werden, für welch Letzteren Herr Schlesien nach Konstantinopel gehen, der wiederum in Siniowien, jetzt Gesandter in Stockholm, einen Nachfolger erhalten werde.

Die Gerüchte von der bevorstehenden Mission Blangaris in Rom konnten mir von einem anderen Genährsmann nicht bestätigt werden, dagegen erhalten sie sich in Hofkreisen. Man sagt mir aber, eine definitive Entscheidung könne möglicherweise sich noch vierzehn Tage hinziehen."

In Betreff der Neubesetzung des russischen Botschaftspostens in Wien wird der "Politischen Korrespondenz" von unterrichteter Seite versichert,

dass Reitboi sich nicht unter den für diesen Posten ins Auge gesetzten Persönlichkeiten befindet; dies soll natürlich heißen: sich nicht mehr unter den präzisen Kandidaten für den Wiener Botschafterposten befindet.

Amerika.

Washington, 7. Februar. Die Ablehnung des Bill Springer durch das Repräsentantenhaus erfolgte, wie berichtigend gemeldet wird, mit 161 gegen 134 Stimmen. Springer ersuchte das Haus, nochmals abzustimmen, doch wurde dieser Antrag mit 135 gegen 123 Stimmen abgelehnt. Damit ist das Veto des Bill definitiv entschieden.

Mexico, 8. Februar. Die Ein- und Auszahlungen betragen im Monat Januar 1823000 Dollars gegen 1615000 Dollars im Monat De-

zember v. J.

Buenos-Aires, 7. Februar. (Telexgramm des Neueren Bureaus.) Die Regierung hat

die neue Kammer zusammengetreten. Erfolgt die Ablösung, so kann Goliotti ohne weiteres vor

Gericht gestellt werden. Man bezweifelt, warum

legitim gemeldet wurde, er habe beschlossen, bis nach den Wahltagen im Auslande zu verweilen. Einen

ebenso übeln Eindruck wie sein seines oder schuldes

wütiges Fernbleiben macht aber die Einsetzung des

Prozesses gegen dieselben, die nur seine Befehle

ausführten; man hätte erwarten sollen, daß der

Prozeß hinausgeschoben würde, bis alle Beschuldigten

nebeneinander vor die Schranke gefordert werden können. Natürlich heißt es jetzt wieder,

Regierung und Gerichte haben Urfache, nur die

kleinen Dinge zu versöhnen, die großen aber laufen zu lassen. Die Zurückziehung mehrerer der

Episkopalen Klagen wegen des Politischen Altenbündns unterstützt dieses Gerede. Offenbar hat

man hier noch immer nicht begriffen, daß endlich

einmal gleiches Maß und Gewicht für alle ange-

wendet werden müsse.

—

Shanghai, 5. Februar. Es wird amtlich

bestätigt, daß der Vizekonsul Lin über 40-50000 Mann Truppen in der Mandchurie verfügt. Es

ist jedoch ein öffentliches Geheimnis, daß nicht

mehr als 5000 gehörig bewaffnet sind. Die Ja-

paner haben in den verschiedenen Schlachten

alle modernen Präzisionsgewehre erbeutet, deren

Chine sich rühmen konnte.

Shanghai, 8. Februar. Während eines

Nachtangriffes bemächtigten sich die Japaner wa-

scheinlich der Insel Lintungtau. Die chinesischen

Panzerschiffe "Cheng Yuen" und "Teng Yuen"

wurden mittels Torpedos zum Sinken gebracht.

Tschifu, 7. Februar. Die japanische Streit-

macht in der Nähe von Ninghai begann heute

Mittag die westlichen Forts von Tschifu zu be-

schießen. Alle Tore sind unter Wasser; die

Tore der Stadt sind geschlossen und Barrikaden

errichtet worden. Man glaubt, es handle sich um

einen Scheinangriff, um eine neue Truppenlandung

zu verdecken.

Tschifu, 8. Februar. Heute Nacht landeten

die Japaner eine Truppenmacht zehn Meilen öst-

lich von Tschifu und griffen heute Mittag die

Forts im Osten von Tschifu an. In der Stadt

herrsche höchste Aufruhr, für heute wird eine

Schlacht erwartet.

Tschifu, 5. Februar. Ein in Peking am

Sonntag und hier heute veröffentlichtes kaiserliches

Decret rilgt in scharfen Worten das Benehmen

der Zivil- und Militärbürokratie in Hung-Cheng,

dass der Rückzug angreifen wurde, ehe es zur

Schlacht mit den Japanern kam. Dadurch wurde

der Feind in den Stand geetzt, ohne Widerstand

auf Wei-hai-wei vorzurücken. Die Obersten Han,

Tai und Shao, die Kapitäne Hsü und Wen und

der Richter Chu werden zum Verlust ihres Rau-

tes verurtheilt. Den Offizieren wird jedoch er-

laubt, in der Armee zu verbleiben, damit sie Ge-

legenheit haben, ihr Vergehen wieder gut zu

machen, indem sie sich in Kunst durch Tapfer-

keit auszeichnen und sich so der Milde des Kaisers

würden.

Weihai-wei, 7. Februar. Die Einzelheiten

des Sieges der beiden chinesischen Kriegsschiffe

und des vorangehenden Seesegels liegen vor.

Das orkanartige Wetter am Freitag und Sonnabend verhinderte den größten Teil der japanischen Flotte, aus ihrem geschützten Platz herzufommen.

Die übrigen Schiffe beobachteten die Ein-

gänge zum Hafen. Während beider Tage bot sich

den kämpfenden Flotten mehr Gelegenheit, ihre

Fähigkeit als Seefahrer, wie als Artilleristen, zu

beweisen. Die japanische Flotte wechselte gelegentlich Schiffe mit den Kreuzern und den chinesischen Flugzeugen. Die Landbatterien unterhielten

dagegen ein lebhaftes Feuer. Am Sonntag war

das Gefecht am heftigsten. Bei Tagesanbruch er-

öffnete die japanische Flotte an die Lintungtau-

Forte Feuer. Diese erwiderten energisch. Das

Bombardement war furchtbar. Das Flaggschiff

mit mehreren anderen großen Schlach-

schiffen, die außerhalb der Bucht standen

und getötet wurde, umgeb, ist gesunken. Die Po-

lytechnik vermittelte sofort, daß der bei Weihai-wei

bedienten Solitär-Eichinger, der des Mittags

zuletzt bei Weihai-wei in der Kanzlei weilte, der Täter sei. Eichinger, der das Verbrechen bisher

hartnäckig leugnete, gestand heute, daß er Weihai-wei mit einem sogenannten französischen Ham-

mer erschlagen und ihm dann mit einem diazi-

mer die Arme aufgeschlagen habe. Die eben-

falls verhaftete Frau Eichinger scheint dagegen

auf dem Verbrechen keinen Anteil zu haben.

Eichinger war chemals Husarenoffizier, er trat

zum Zentrum über, um seine letzte Frau ehe-

lichen zu können.

Wien, 7. Februar. Das Dunkel, daß die

Ermordung des Adolofaten Dr. Rothzegel, der in

einem belten Hause in seiner Kanzlei überfallen

und getötet wurde, umgeb, ist gelichtet. Die Po-

lytechnik vermittelte sofort, daß der bei Weihai-wei

bedienten Solitär-Eichinger, der des Mittags

zuletzt bei Weihai-wei in der Kanzlei weilte, der

Täter sei. Eichinger, der das Verbrechen bisher

hartnäckig leugnete, gestand heute, daß er Weihai-wei

mit einem sogenannten französischen Ham-

mer erschlagen und ihm dann mit einem diazi-

mer die Arme aufgeschlagen habe. Die eben-

falls verhaftete Frau Eichinger scheint dagegen

auf dem Verbrechen keinen Anteil zu haben.

Eichinger war chemals Husarenoffizier, er trat

zum Zentrum über, um seine letzte Frau ehe-

lichen zu können.

Wien, 8. Februar. Das Dunkel, daß die

Ermordung des Adolofaten Dr. Rothzegel, der in

einem belten Hause in seiner Kanzlei überfallen

und getötet wurde, umgeb, ist gelichtet. Die Po-

lytechnik vermittelte sofort, daß der bei Weihai-wei

bedienten Solitär-Eichinger, der des Mittags

zuletzt bei Weihai-wei in der Kanzlei weilte, der

Täter sei. Eichinger, der das Verbrechen bisher

hartnäckig leugnete, gestand heute, daß er Weihai-wei

mit einem sogenannten französischen Ham-

</div

Verloren.

Roman von Ludwig Habicht.
Nachdruck unterlaßt.

71)

Einen solchen Vorschlag können Sie nur machen, weil Sie den römischen Volkscharakter nicht hinreichend kennen", sagte Haidhausen wiederholte bei solchen Gelegenheiten. Ein Römer und ganz besonders eine Römerin wird in Städten nie in einer anderen Stadt leben, als in Rom! Marietta war durch und durch Römerin. Die Rafferei ihrer Seele konnte sie wohl veranlassen, mir nach Deutschland zu folgen, es wäre sogar nicht unmöglich, daß sie dort geblieben wäre; ist sie aber in ihr Vaterland zurückgekehrt und ist sie noch am Leben, so befindet sie sich hier. Vermag ich sie hier nicht aufzufinden, so gelingt es mir niemals, und ich neige mich stark dieser Ansicht zu."

Bernhard konnte sich nicht entschließen, diese Aussicht zutheilen, um hatte nicht über Lust, die Nachforschungen nach der verschwundenen Tochter des Regierungsrath nicht eigen Hand in anderen italienischen Städten fortzusetzen.

Zwischen dem älteren und dem jüngeren Manne hatte sich ein eigentliches Verhältnis herausgebildet, das den Namen Freundschaft verdiente, wenn der Regierungsrath als unverlässlicher Pessimist nicht immer wieder die Schnüchel empfunden hätte, losgelöst von allen irdischen Banden zu sein und folglich auch keinen Freund besitzen zu dürfen meinte. Vielleicht war es eine Konsequenz dieser Lebensausbildung, daß er auch an keiner Feindschaft hartnäckig festhalten

wollte. Er hatte die Auseinandersetzung gegen Frau von Hammerstein so weit überwunden, daß er ihr einen Besuch gemacht, und die kluge Frau war ihm mit der glattesten Höflichkeit entgegengekommen. Sie behielt, wie sie sich sagte, das Spiel besser in der Hand, wenn sie den Regierungsrath nicht aus den Augen ließ.

Trotz Frau v. Hammerstein's schlau berechneter

Selbstverlängerung und des Regierungsrathes

Philosophie und trotzdem sein heimlicher Selbstvorwurf, ihr mit der Beschuldigung des Kinder-

raubes unrecht gethan zu haben, ihn milder gegen

sie stimmte, bat den Verkäufer zwischen beiden

doch etwas Gewissenszettel. Zu viel lag zwischen

ihnen, für das es keinen Ausgleich gab. Wie

durch ein stillschweigendes Uebereinkommen aller

Verteilten geriet man deshalb auf das Auskunftsmitte

l, daß die Mutter mit Edwin Spazierfahrt

machte, während Bernhard mit dem Regierungsrath Rom nach allen Richtungen zu Fuß durch-

strich. Zwischen ließ der junge Mann den älteren

Gefährten seine Wanderungen allein unternehmen

und schloß sich der Mutter und dem Bruder an.

Seine Edwin erstaute, fand aber auch eine an-

dere Gruppierung statt, Edwin ging mit dem

Bruder und dem Regierungsrath. Frau v. Ham-

merstein empfand bei solchen Gelegenheiten die

größte Eifersucht, sie verstand sie aber mit der

größten Geschicklichkeit zu verbergen und hatte an

den betreffenden Tagen ihrer Aussage nach gewöhn-

lich etwas vor, so daß sie es als einen sehr günstigen

Ausfall ansah, Edwin so gut aufgehoben

zu wissen.

Eine Vereinbarung der letzteren Art war es,

welche die Drei nach dem kapitolinischen Hügel

geführt hatte.

Vorheriger 77., part. rechts:

Dienstag Abend 8 Uhr Bibelstunde:

Herr Prediger Licentiat Dr. Böltmann.

Johannis-Kirche:

Herr Militäroberpfarrer Dr. Böltmann um 9½ Uhr.

(Militärgottesdienst.)

Herr Pastor Müller prim. v. St. Gertrud um 11 Uhr.

(Nach der Predigt Beichte u. Abendmahl.)

Herr Prediger Dr. Böltmann um 2 Uhr.

(Gingebot-Gottesdienst.)

Herr Prediger Dr. Böltmann um 5 Uhr.

Beringerstr. 77., part. rechts:

Dienstag Abend 8 Uhr Bibelstunde:

Herr Prediger Licentiat Dr. Böltmann.

Johannis-Kirche:

Herr Militäroberpfarrer Dr. Böltmann um 9½ Uhr.

(Militärgottesdienst.)

Herr Pastor Müller prim. v. St. Gertrud um 11 Uhr.

(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)

Herr Prediger Dr. Böltmann um 2 Uhr.

Berger- und Paulskirche:

Herr Prediger Dr. Böltmann um 10 Uhr.

(Beichte und Abendmahl: Herr Pastor Füller.)

Nachm. 5 Uhr Gottesdienst mit den konfirmirten Jungen: Herr Pastor Füller.

Mittwoch Abend 6 Uhr Bibelstunde:

Herr Pastor Füller.

Lutherische Kirche Neustadt (Bergstr.):

Borm. 9½ Uhr Lesegottesdienst.

Herr Pastor Schulz um 10½ Uhr.

Johanniskloster-Saal (Neustadt):

Herr Prediger Stephan um 9 Uhr.

Taubstummen-Haus (Elisabethstr. 36):

Herr Direktor Erdmann um 10 Uhr.

Lutherische Immanuel-Gemeinde

(Elisabethstr. 46):

Vormittag 10 Uhr Lesegottesdienst.

Brüdergemeine (Elisabethstr. 46):

Herr Prediger Grönwald um 4 Uhr.

Baptisten-Kapelle (Johannisstr. 4):

Borm. 9½ Uhr Herr Prediger Liebig, Nachm. 4 Uhr

Herr Prediger Liebig.

Seemannsheim (Krautmarkt 2, II.):

Herr Pastor Thümm um 10 Uhr.

Beringerstr. 77., part. rechts:

Um 2 Uhr Kindergottesdienst: Herr Stadtmissionar Blaut.

6 Uhr Bereitung junger Mädchen und Dienstmädchen.

Sonntag und Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelstunde:

Herr Stadtmissionar Blaut.

Lutherkirche:

Herr Pastor Homann um 10 Uhr.

Herr Prediger Dünn um 10½ Uhr.

Mittwoch Abend Bibelstunde (Heinrichstraße 45) um

7 Uhr: Herr Pastor Homann. Unter-Bredow (Kneiphofstr.) um 10½ Uhr: Herr Prediger Dünn.

Luther-Kirche (Overwiel):

Herr Prediger Kienast um 10 Uhr.

Katholische Kirche (Bredow):

Herr Prediger Wendlandt um 10 Uhr.

St. Petrus-Kirche (Grabow):

Herr Prediger Wieden um 10 Uhr.

Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)

Herr Prediger Knack um 10½ Uhr.

Mittwoch Abend 7½ Uhr Bibelstunde im alten

Büftele: Herr Pastor Mans.

Matthäuskirche (Bredow):

Herr Kandidat St. Peter um 10 Uhr.

Herr Pastor Dehne um 10½ Uhr.

Unter-Kirche (Bredow):

Herr Pastor Dehne um 10 Uhr.

Herr Kandidat St. Peter um 10½ Uhr.

Pommersdorf:

Herr Pastor Hünfeld um 11 Uhr.

Schonne:

Herr Pastor Hünfeld um 9 Uhr.

Gemeinde der Vereinigten Brüder in Christo,

Nienhagen 22/23, 2 Tr.

Nachm. 8 u. Abends 8 Uhr: Herr Prediger Hanke.

Sonntag u. Dienstag Abend 8 Uhr Evangelisations-

Veranstaltung im Concerthaus Auguststr. 48, 2 Tr.

Eing. 4. Thür. Jedermann ist freimüchtig eingeladen.

Grams, Evangelist.

Sonntag Abend 7 Uhr Versammlung des Kathol-

ikanerseminars im Marienstift-Gymnasium, wozu

auch Nichtkatholiken eingeladen werden. Den Vortrag wird Herr Pastor Mans halten.

Heinrichstr. 45.

Mittwoch Abend 7 Uhr Bibelstunde:

Herr Prediger Haieri.

Buchh. ide-Verein.

Haupt-Versammlung

Mittwoch den 18. Februar, Abends 8 Uhr, in den

Eternitäts-, Wilhelmstr. 20 (Café-Bar, Goetsch)

Tagessitzung:

1. Jahresbericht,

2. Rechnungslegung,

3. Feststellung des Staats für 1895,

4. Vorstandswahl.

Darauf: Vorführung von Bildern aus der

Buchh. id. durch das Skipton

Der Vorstand.

Für Schneider!

1 gr. Blatt mit 2 Bildern, 2,30 m lang u. 1,15 m

weit, preiswert zu verl. Auguststr. 56. Sth. II.

1. Preiswerte Anzeige.

2. Preiswerte Anzeige.

3. Preiswerte Anzeige.

4. Preiswerte Anzeige.

5. Preiswerte Anzeige.

6. Preiswerte Anzeige.

7. Preiswerte Anzeige.

8. Preiswerte Anzeige.

9. Preiswerte Anzeige.

10. Preiswerte Anzeige.

11. Preiswerte Anzeige.

12. Preiswerte Anzeige.

13. Preiswerte Anzeige.

14. Preiswerte Anzeige.

15. Preiswerte Anzeige.

16. Preiswerte Anzeige.

17. Preiswerte Anzeige.

18. Preiswerte Anzeige.

19. Preiswerte Anzeige.

20. Preiswerte Anzeige.

21. Preiswerte Anzeige.

22. Preiswerte Anzeige.

23. Preiswerte Anzeige.

24. Preiswerte Anzeige.

25. Preiswerte Anzeige.

26. Preiswerte Anzeige.

27. Preiswerte Anzeige.

28. Preiswerte Anzeige.

29. Preiswerte Anzeige.

30. Preiswerte Anzeige.

31. Preiswerte Anzeige.

32. Preiswerte An